
Vorwurf des Landesverrats

Verfahren gegen deutsche Journalisten

Die deutsche Bundesanwaltschaft wirft Mitarbeitenden des Blogs «netzpolitik.org» Landesverrat vor. Sie sollen geheime Dokumente des Verfassungsschutzes veröffentlicht haben.

31.7.2015, 12:26 Uhr

2
[Kommentare](#)

(afp/dpa) / Werner Marti · Die deutsche Bundesanwaltschaft hat wegen des Verdachts auf Landesverrat ein Strafverfahren gegen Journalisten eingeleitet. Den Verantwortlichen des investigativen Blogs «netzpolitik.org» wird vorgeworfen, in Berichten über den Verfassungsschutz Staatsgeheimnisse verraten zu haben. Dies teilte eine Sprecherin der Behörde am Donnerstag in Karlsruhe mit.

Die Auseinandersetzung zwischen Behörden und Medien über die Berichterstattung zur Arbeit der Geheimdienste hat in Deutschland damit einen neuen Höhepunkt erreicht. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird wieder gegen Journalisten wegen Landesverrats vorgegangen.

«Spiegel»-Affäre

Der prominenteste Fall dieser Art im Nachkriegsdeutschland war die sogenannte [«Spiegel»-Affäre](#)

in den frühen sechziger Jahren, bei der gegen Mitarbeiter des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» eine Strafverfolgung wegen Landesverteidigung eingeleitet wurde. Das Magazin hatte damals mit Informationen aus der Führung der Bundeswehr einen kritischen Artikel zur Verteidigungsfähigkeit des Landes publiziert.

Im Nachgang der «Spiegel»-Affäre warnten Juristen und Politiker eindringlich vor einer Drangsalierung des unabhängigen und kritischen Journalismus in Deutschland. Der Vorwurf des Landesverrats gegen Medienschaffende gilt seither als politisch heikel. Es ist dabei immer eine Abwägung zu treffen zwischen strikter Geheimhaltung und dem zentralen Grundrecht auf Pressefreiheit.

Gegen Internet-Überwachung

Ausgangspunkt für die Ermittlungen im gegenwärtigen Fall gegen «Netzpolitik»

waren Strafanzeigen von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen. Das Internet-Portal hatte im Februar und April dieses Jahres über interne Pläne des Bundesamts für Verfassungsschutz zur nachrichtendienstlichen Auswertung von Internetkommunikation berichtet. Der Artikel vom 25. Februar trug den Titel «Geheimer Geldregen: Verfassungsschutz arbeitet an Massenauswertung von Internet-Inhalten», der Artikel vom 15. April erschien unter der Überschrift «Geheime Referatsgruppe: Wir präsentieren die neue Verfassungsschutz-Einheit zum Ausbau der Internet-Überwachung». Über die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft hatten als Erste die «Süddeutsche Zeitung» und die öffentlichrechtlichen Fernsehsender NDR und WDR berichtet.

Tauziehen mit Regierung

Die jetzige Entwicklung erfolgt vor dem Hintergrund einer monatelangen Auseinandersetzung zwischen Regierung, Opposition und Medien. Das Kanzleramt hatte mehrmals mit Strafanzeigen gedroht – etwa im Zusammenhang mit der Veröffentlichung geheimer Dokumente zur Affäre um die Abhör-Aktivitäten des amerikanischen Nachrichtendienstes NSA. Dabei ging es aber stets nur um den Verdacht des Verrats von Dienstgeheimnissen, ein Delikt, das nicht von der Bundesanwaltschaft, sondern von den Staatsanwaltschaften der Bundesländer bearbeitet wird.

In dem nun vorliegenden Landesverratsfall soll laut der «Süddeutschen Zeitung» und den beiden Sendeanstalten zunächst ein Gutachter prüfen, ob es sich bei den durch das Blog veröffentlichten Dokumenten tatsächlich um Staatsgeheimnisse gehandelt habe. Laut den Berichten hatte Maassen auch in einem dritten Fall Strafanzeige erstattet. Dabei sei es um einen geheimen Bericht über eine V-Mann-Affäre im Umfeld der rechtsextremen Terrorzelle NSU gegangen. Im letztgenannten Fall soll der Generalbundesanwalt aber – anders als bei «Netzpolitik» – bisher keinen begründeten Anfangsverdacht festgestellt haben.

Blogger wehrt sich

Der Gründer und Chefredaktor des Blogs, Markus Beckedahl, bezeichnet den Vorwurf des Landesverrats als absurd. Er betrachtet das

[Strafverfahren als reine Einschüchterung](#)

und sieht darin den Versuch, unliebsame Berichterstattung zu unterbinden. Beckedahl hat vor zwölf Jahren damit begonnen, über Konferenzen zum Thema Netzpolitik zu schreiben. Heute arbeiten neben ihm vier festangestellte Journalisten und diverse freie Autoren für das Blog. Dieses finanziert sich von Spenden. 2014 wurden die bei der Plattform engagierten Journalisten pikanterweise mit dem Grimme-Online-Award preisgekrönt.

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen andererseits hatte laut der «Süddeutschen Zeitung» bereits im Mai auf einem Symposium in Berlin erklärt, es sei

[ein Skandal, «dass geheime und geheimste Unterlagen aus dem Bereich der Nachrichtendienste in die Medien gelangen](#)

, sobald sie den politisch-parlamentarischen Bereich erreichen». Manche Medien und die Opposition seien, so Maassen, gar nicht an der Aufklärung von Missständen interessiert, sondern wollten nur die Geheimdienste «fertigmachen».

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.